

Grossratsbeschluss betreffend Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Abfallbewirtschaftung

Vom 11. März 1998

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

Die Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Abfallbewirtschaftung wird genehmigt.

Der Regierungsrat wird ermächtigt, die Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Abfallbewirtschaftung zu unterzeichnen. Zur Erfüllung der Verpflichtungen, welche sich aus dem Vertrag ergeben könnten, wird eine Garantiesumme von maximal 1,5 Mio. Franken (Kostenbasis Mai 1997) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.¹⁾

¹⁾ Wirksam seit 26. 4. 1998.

Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Abfallbewirtschaftung

Vom 13./19. Mai 1998

Um ihre Aufgaben im Bereich der Abfallbewirtschaftung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Randbedingungen koordiniert, effizient und umweltgerecht zu lösen, schliessen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die folgende Vereinbarung:

1. ABFALLWIRTSCHAFTLICHE GRUNDSATZVEREINBARUNGEN

- 1.1 Die Kantone arbeiten in allen Belangen der Abfallwirtschaft (Vermeidung, Verwertung und Behandlung) zusammen und stimmen insbesondere Planung und Bau der erforderlichen Anlagen eng aufeinander ab. Bezüglich Bau- und Betrieb von Abfallanlagen prüfen sie auch die Bildung gemeinsamer Träger-schaften und gemischtwirtschaftliche Lösungen.
- 1.2 Die Kantone vermeiden jegliche Konkurrenzierung bei der Abfallentsorgung und wirken innerhalb der ganzen Region darauf hin, dass die anstehenden Aufgaben koordiniert und unter best-möglicher Schonung der Umwelt gelöst werden.
- 1.3 Die Kantone stimmen ihre Abfallplanung aufeinander ab und sind bemüht, bei Kontakten mit Nachbarregionen oder Bundes-behörden eine gemeinsame Haltung zu vertreten.

2. ABFALLBEHANDLUNG IN DER KEHRICHTVERBRENNUNGSANLAGE BASEL

2.1 *Bau und Betrieb*

- 2.1.1 Der Kanton Basel-Stadt sorgt für den Bau und Betrieb einer Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) mit gut ausgebauter Wärmenutzung und allen erforderlichen Anlagen zur Emissions-minderung. Er stellt sicher, dass die Anlage innert der gebotenen Fristen an gesetzliche Vorgaben oder an den Stand der Technik angepasst wird.
- 2.1.2 Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich im Umfang des von ihm angemeldeten Abfallkontingentes an der Finanzierung der KVA und erwirbt sich damit ein Mitspracherecht in allen Belan-gen, welche den Bau- und Betrieb der KVA betreffen. Die Ak-tienmehrheit und die Mehrheit im Verwaltungsrat bleibt beim Kanton Basel-Stadt.
- 2.1.3 Der Kanton Basel-Stadt sorgt in Absprache mit den beteiligten Partnern dafür, dass die Bedingungen für die Annahme und Be-handlung der Abfälle festgelegt werden.

- 2.1.4 Die Anlieferung der Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft soll soweit ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar per Bahn erfolgen. Bei Anlieferungen auf der Strasse sind Massnahmen zur Verminderung des Verkehrsaufkommens und der Emissionen zu treffen.

2.2 *Annahme- und Lieferverpflichtung*

- 2.2.1 Der Kanton Basel-Stadt verpflichtet sich, ab Betriebsaufnahme der erneuerten KVA brennbare Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft zur Verbrennung anzunehmen.
- 2.2.2 Der Kanton Basel-Landschaft verpflichtet sich, brennbare Abfälle an die KVA Basel zu liefern. Für Abfälle aus dem Bezirk Laufen wird ein spezieller Vertrag zwischen der KVA und der KELSAG AG abgeschlossen.
- 2.2.3 Für die ersten 10 Jahre erstreckt sich diese Verpflichtung auf jährlich 80000 Tonnen Abfälle. In dieser Menge eingeschlossen sind jährlich maximal 3500 Tonnen Trockensubstanz Klärschlamm aus der kommunalen Abwasserreinigung. Die vereinbarte Menge von 80000 Tonnen bezieht sich auf einen mittleren Heizwert H_u von 14 MJ/Mg, wobei für das Produkt von Abfallmenge und Heizwert eine Toleranz von $\pm 10\%$ gilt.
- 2.2.4 Jeweils nach Ablauf von 10 Jahren können die beiden Partner in gegenseitigem Einvernehmen eine Änderung der in Ziffer 2.2.3 festgelegten Abfallmengen beschliessen.
- 2.2.5 Weicht der mittlere Heizwert der angelieferten Abfälle um mehr als 10% vom Referenz-Heizwert ab, so verändert sich die vereinbarte Menge umgekehrt proportional zur Heizwertveränderung.
- 2.2.6 Kann die Kapazität der KVA, z.B. wegen betrieblichen Problemen, nicht voll genutzt werden, so werden die vertraglich festgelegten Abfallmengen aller Parteien, mit Ausnahme des Kantons Basel-Stadt (Standort der KVA), anteilmässig gekürzt. Die Partner sprechen sich dabei rechtzeitig über andere Entsorgungsmöglichkeiten ab.
- 2.2.7 Sind in der KVA freie Kapazitäten verfügbar und fallen im Kanton Basel-Landschaft über die vereinbarte Menge hinaus geeignete Abfälle an, so kann der Kanton Basel-Landschaft diese Kapazitäten nutzen, bevor die KVA zusätzliche Lieferverträge mit den übrigen Partnern oder Dritten abschliesst.
- 2.2.8 Unterschreiten die jährlichen Abfalllieferungen aus Basel-Landschaft die vereinbarte Menge sowie die Toleranz nach Ziffer 2.2.3 und können die fehlenden Mengen durch Lieferungen der übrigen Partner oder Dritter nicht kompensiert werden, so leistet der Kanton Basel-Landschaft für die fehlenden Mengen eine Entschädigung entsprechend der ausgewiesenen Fixkosten. Können die fehlenden Mengen nur durch Lieferungen kompensiert werden, für die ein nicht kostendeckender Preis erzielt wird, so leistet der Kanton Basel-Landschaft als Entschädigung die Differenz zwischen dem effektiv erzielten Preis und den Fixkosten.

- 2.2.9 Die beiden Kantone verpflichten sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur sinnvollen Nutzung freier Kapazitäten beizutragen und Garantieleistungen eines Partners zu vermeiden. Können mehrere Partner die vereinbarte Menge nicht liefern und können die fehlenden Mengen durch Lieferungen anderer Partner oder Dritter nur teilweise kompensiert werden, so werden diese Drittlieferungen anteilmässig auf die betroffenen Partner verteilt.

3. ABFALLBEHANDLUNG IN DER DEPONIE ELBISGRABEN

3.1 *Bau und Betrieb*

- 3.1.1 Der Kanton Basel-Landschaft sorgt für den Bau und Betrieb der Deponie Elbisgraben oder einer geeigneten Nachfolgedeponie. Er stellt sicher, dass die Anlage innert der gebotenen Fristen an gesetzliche Vorgaben oder an den Stand der Technik angepasst wird.
- 3.1.2 Der Kanton Basel-Landschaft erlässt in Absprache mit dem Kanton Basel-Stadt eine Betriebsordnung für die Deponie, in der die Bedingungen für die Annahme und Deponierung der Abfälle festgelegt werden.
- 3.1.3 Die Anlieferung der Abfälle aus dem Kanton Basel-Stadt soll soweit ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar per Bahn erfolgen. Bei Anlieferungen auf der Strasse sind Massnahmen zur Verminderung des Verkehrsaufkommens und der Emissionen zu treffen.

3.2 *Annahme- und Lieferverpflichtung*

- 3.2.1 Der Kanton Basel-Landschaft verpflichtet sich, Rückstände aus baselstädtischen Abfallbehandlungsanlagen sowie weitere im Rahmen der Betriebsordnung zulässige Abfälle aus dem Kanton Basel-Stadt auf der Deponie Elbisgraben (bzw. einer Nachfolgedeponie) abzulagern.
- 3.2.2 Bei kurzfristigen Betriebsstörungen in der KVA kann Basel-Stadt die Deponie für die Zwischenlagerung von unbehandelten Abfällen beanspruchen. Bei längeren Betriebsunterbrüchen oder Kapazitätseinschränkungen nutzt die KVA Basel soweit möglich in Absprache mit den Partnern Verbrennungskapazitäten in Anlagen ausserhalb der Region.
- 3.2.3 Der Kanton Basel-Stadt verpflichtet sich, die nichtverwertbaren Rückstände aus der KVA, welche aus der Verbrennung von Abfällen aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft stammen, auf der Deponie Elbisgraben abzulagern. Art und Menge der abzulagernden Rückstände werden jeweils für einen Zeitraum von 10 Jahren zwischen den Betreibern der beiden Anlagen vereinbart. Die Lieferungen dürfen die vereinbarte Menge um bis zu 10 Prozent über- oder unterschreiten.

- 3.2.4 Kann die Deponie Elbisgraben (oder eine Nachfolgedeponie), z.B. wegen betrieblichen Problemen, nicht voll genutzt werden, so werden die vertraglich festgelegten Abfallmengen aller Partner anteilmässig gekürzt. Die Partner sprechen sich dabei rechtzeitig über andere Deponierungsmöglichkeiten ab.
- 3.2.5 Unterschreiten die jährlichen Rückstandslieferungen aus Basel-Stadt die jeweils vereinbarten Jahresmengen sowie die Toleranz und können die fehlenden Mengen durch Lieferungen der übrigen Partner oder Dritter nicht kompensiert werden, so leistet der Kanton Basel-Stadt für die fehlenden Mengen eine Entschädigung entsprechend der ausgewiesenen Fixkosten. Können die fehlenden Mengen nur durch Lieferungen kompensiert werden, für die ein nicht kostendeckender Preis erzielt wird, so leistet der Kanton Basel-Stadt als Entschädigung die Differenz zwischen dem effektiv erzielten Preis und den Fixkosten.
- 3.2.6 Die beiden Kantone verpflichten sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur sinnvollen Nutzung freier Kapazitäten beizutragen und Garantieleistungen eines Partners zu vermeiden. Können mehrere Partner die vereinbarte Menge nicht liefern und können die fehlenden Mengen durch Lieferungen anderer Partner oder Dritter nur teilweise kompensiert werden, so werden diese Drittlieferungen anteilmässig auf die betroffenen Partner verteilt.
- 3.2.7 Dem Kanton Basel-Stadt steht das Recht zu, auch die im Kanton Basel-Landschaft bestehenden Inertstoffdeponien gemäss den jeweiligen Zulassungsbestimmungen zu benutzen.

4. KOSTEN

- 4.1 Das Baudepartement Basel-Stadt und die Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft legen den Berechnungsschlüssel für die Fixkosten und die variablen Kosten der KVA sowie der Deponie Elbisgraben (bzw. einer Nachfolgedeponie) in einem separaten Vertrag fest.
- 4.2 Der Berechnungsschlüssel wird zusammen mit den Vertragsmengen überprüft und wenn nötig angepasst.

5. VOLLZUG

- 5.1 Das Baudepartement Basel-Stadt und die Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft vollziehen diese Vereinbarung.
- 5.2 Sie informieren sich gegenseitig über alle Tatsachen und Vorgänge, welche die Erfüllung dieser Vereinbarung beeinflussen können, insbesondere über die geplanten Verbrennungs- und Deponierungskosten.
- 5.3 Überträgt einer der beiden Kantone die Abfallentsorgung (KVA oder Deponie) an eine andere Trägerschaft, so sorgt er dafür, dass diese die vorliegende Vereinbarung ebenfalls einhält.

6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- 6.1 Diese Vereinbarung wird auf die Dauer von 30 Jahren geschlossen. Ohne Kündigung gilt die Vereinbarung als stillschweigend um ein weiteres Jahr verlängert. Sie kann nach Ablauf von 20 Jahren jeweils mit einer Kündigungsfrist von 10 Jahren auf ein Jahresende gekündigt werden.
- 6.2 Der Vertrag vom 11. Februar / 4. März 1969 über die Verwertung und Vernichtung von Abfallstoffen wird aufgehoben.

Basel, den 13. Mai 1998

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Basel-Stadt
Die Präsidentin: Veronica Schaller
Der Staatsschreiber: Dr. Robert Heuss

Liestal, den 19. Mai 1998

Im Namen des Regierungsrates
des Kantons Basel-Landschaft
Der Präsident: Peter Schmid
Der Landschreiber: Walter Mundschin